

Berlin, 1. März 2021  
zyk-ar



**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**

**Bundesvorstand**

## **Corona-Gipfel: Bund und Länder müssen endlich gemeinsame und tragfähige Strategie vorlegen – Covid-19 als Berufskrankheit anerkennen**

5 Vor der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten mit Bundeskanzlerin  
10 Angela Merkel am Mittwoch hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) an-  
gemahnt, im Zusammenhang mit bereits erfolgten oder bevorstehenden Öffnungen  
endlich eine konsistente Strategie zum Schutz der Beschäftigten vorzulegen. Dies be-  
treffe etwa Erzieherinnen und Erzieher ebenso wie die Beschäftigten im Einzelhandel,  
um nur einige Beispiele zu nennen. „Gut ist, dass Beschäftigte in Kitas und Schulen  
nun früher geimpft werden sollen. Jetzt müssen die Länder aber Tempo machen, damit  
die Einrichtungen den Kindern wieder ohne unvermeidbare Risiken offenstehen kön-  
nen“, sagte der ver.di-Vorsitzende **Frank Werneke** am Montag. Leider existiere immer  
noch keine abgestimmte Strategie, die Kinder, Eltern und nichtgeimpfte Beschäftigten  
schütze: „Hier erwarten wir endlich Ergebnisse.“

15 ver.di fordert zudem, dass sich die Bundesregierung bei den Berufsgenossenschaften  
und Unfallkassen dafür einsetzt, dass Covid-19 für alle Beschäftigten aus Arbeitsbe-  
reichen, die in direktem Kontakt zu Menschen ohne gleichzeitige Abstandsmöglichkeit  
stehen, als Berufskrankheit anerkannt wird. „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die  
sich während der Arbeit infizieren und zum Teil lange an den Folgen leiden, müssen  
abgesichert werden“, betonte Werneke.

20 „Auch, wenn jetzt durch eine Reihe von Wirtschaftsverbänden ein massiver Druck auf-  
gebaut wird – die Begrenzung des Infektionsgeschehens muss weiterhin Priorität ha-  
ben. Angesichts der Belastungsgrenzen im Gesundheitssystem dürfen hinsichtlich  
weiterer Öffnungen nur vertretbare Risiken eingegangen werden“, so Werneke weiter.  
25 Notwendig sei ein bundeseinheitlicher, an verbindliche Inzidenzwerte geknüpfter Stu-  
fenplan für Öffnungen, die dann alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfas-  
sen. Die Wiederbelebung von Kunst, Kultur und die Wiedererlangung von Freiheits-  
rechten, einschließlich des Versammlungsrechts, darf nicht hinter kommerziellen Inte-  
ressen zurückstehen.

30 Notwendig sei zudem die Schaffung von umfangreichen und kostenlosen Möglichkei-  
ten für Schnelltests. „Das gäbe zusätzliche Perspektiven für den Handel, den Touris-  
mus und die Kulturwirtschaft. Einzelne Kommunen und Deutschland und unserer eu-  
ropäischen Nachbarländer machen uns vor, dass so Erfolge bei der Bekämpfung der  
Pandemie möglich sind. Das Deutschland hier soweit hinterherhinkt, ist ein wirkliches  
35 Desaster“, stellte Werneke fest.

40 Die Situation im Handel steht für ver.di besonders im Fokus. „Da wird von den Konzer-  
nen und den Verbänden über tolle Hygienekonzepte gesprochen, in der Praxis sieht  
es aber vielfach mies aus. Zum einen werden die Kontrollen nicht nachgehalten. Zum  
anderen müssen die Betriebsräte teilweise in Einigungsstellen gegen ihren Arbeitge-  
ber vernünftige Hygienekonzepte erkämpfen. So kann das nicht weitergehen“, kriti-  
sierte Werneke. Notwendig sei ein einheitlicher Richtwert von einem Kunden pro  
20 Quadratmeter Verkaufsfläche, wirksame Zugangskontrollen und tragfähige Hygie-  
nekonzepten mit zusätzlichem Personal, das die Einhaltung überwacht.

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.:

Jan Jurczyk  
ver.di-Bundesvorstand  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011  
und -1012  
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:  
pressestelle@verdi.de